

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 13.12.2011

N i e d e r s c h r i f t

der 5. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 01.11.2011,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:03 - 00:20 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Christian Heimbach
Frau Eva Janzen
Frau Inge Bietz
Frau Ika Veronika Bordasch

(in Vertretung für Stv. Orłowski)
(in Vertretung für Stv. Walldorf)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Dorothe Küster
Herr Michael Oswald

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Dr. Bettina Speiser Stellv. Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Markus Labasch

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Außerdem:

Herr Gerhard Merz	SPD-Fraktion	(bis 22:40 Uhr)
Herr Dr. Wolfgang Deetjen	Fraktion B'90/Die Grünen	(ab 19:52 Uhr bis 23:31 Uhr)
Herr Martin Schlicksupp	CDU-Fraktion	(bis 20:48 Uhr)
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion	
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion	
Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	(bis 21:15 Uhr)
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion	
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB/BLG	

2. Lärmaktionspläne Schienenverkehr/Straßenverkehr;
hier: Informationen des Magistrats
3. 12. Änderung des Flächennutzungsplanes "Oberer Hardthof";
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 26.09.2011 - STV/0397/2011
4. Bebauungsplan GI 05/19 "Oberer Hardthof" -
Abwägung und Satzungsbeschluss -
- Antrag des Magistrats vom 11.10.2011 - STV/0421/2011
5. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes;
hier: Kostenentwicklung
- Antrag des Magistrats vom 24.10.2011 - STV/0438/2011
- 5.1. Überarbeitung des Projektes "Sanierung des
Bahnhofsvorplatzes"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 20.10.2011 - STV/0446/2011
- 5.2. Bericht zur Finanzierung Bahnhofsvorplatz
- Antrag der FW-Fraktion vom 23.10.2011 - STV/0447/2011
- 5.3. Mehrkosten Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - STV/0459/2011
6. Präsentation des Entwurfes für die Pflanz- und Fällliste
Wieseckau
- 6.1. Fäll- und Rodungsausschreibung von 360 Bäumen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - STV/0458/2011
7. Öffnungszeiten des Botanischen Gartens
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 20.10.2011 - STV/0444/2011
8. Parken auf Gehwegen unterbinden
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2011 - STV/0451/2011

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 9. | Bericht zu den "freiwilligen" Leistungen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - | STV/0452/2011 |
| 10. | "Schwarzbauten" in Gießen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - | STV/0456/2011 |
| 11. | Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege;
hier: „Historisches Treppenensembles“ am
Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - | STV/0462/2011 |
| 12. | Radweg Philosophenstraße
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 - | STV/0465/2011 |
| 13. | Poppe-Keller und Baumbestand sichern
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2011 - | STV/0466/2011 |
| 14. | Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt
e.V."
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.10.2011 - | STV/0468/2011 |
| 15. | Absage der Landesgartenschau
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 - | STV/0473/2011 |
| 16. | Vorbereitung des Winterdienstes
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 - | STV/0474/2011 |
| 17. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

- | | | |
|-------------|--|----------------------|
| 1.1. | Anfrage gem. § 31 GO der Frau Christiane Kreyling vom
13.10.2011 - Parkplatzzeichnung - | ANF/0431/2011 |
|-------------|--|----------------------|
-

Anfrage:

„Gestern Vormittag wurden in der Zahnklinik die Studierenden des 1.Semesters der Zahnmedizin begrüßt. Nach der Begrüßung durch den Direktor wurden sie auch gleich durch die Stadt Gießen begrüßt. Denn etliche Autos in der oberen Schubertstr. gegenüber der Zahnklinik waren abgeschleppt. Das ist eigentlich auch in Ordnung, da alle im Halteverbot standen. Was mich ärgert ist, dass Parkplätze gezeichnet sind, die Schilder wurden erst später (ich glaube während der Bauphase des Bio-Med. Instituts) gestellt. *Kann man nicht die im Parkverbot liegenden Plätze schraffieren, oder wieder freigeben? Der Schilderwald und die eingezeichneten Parkplätze sind sehr verwirrend.*“

Antwort Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Wie bekannt ist, fanden und finden im gesamten Klinikumsgebiet umfangreiche Bauarbeiten statt. Dies führt zu verkehrlichen Einschränkungen. Um die Ein- und Ausfahrtmöglichkeit an der Klinikapotheke mit Lkw aufrecht erhalten zu können, mussten zwei der Ausfahrt gegenüberliegende Parkplätze gesperrt werden. In der Tat sind dort noch Markierungen vorhanden. Die aufgestellten Halteverbotszeichen gehen der Markierung jedoch vor. Auf eine Entfernung der Markierung wurde verzichtet, weil in absehbarer Zeit mit Ende der Bauarbeiten dort wieder reguläre Parkplätze entstehen können. Eine Entfernung hätte auch eine Beschädigung der Oberfläche nach sich gezogen.“

**2. Lärmaktionspläne Schienenverkehr/Straßenverkehr;
hier: Informationen des Magistrats**

Frau Mandler-Akram - Regierungspräsidium Gießen - stellt detailliert den Lärmaktionsplan anhand einer PowerPoint Präsentation vor (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt). Sich anschließende Fragen der Ausschussmitglieder werden von ihr ausführlich beantwortet.

**3. 12. Änderung des Flächennutzungsplanes "Oberer Hardthof"; STV/0397/2011
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 26.09.2011 -**

Antrag:

- „1. Die von den Behörden im Rahmen der Entwurfsabklärung nach den §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs.2 sowie § 4a Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs.5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlage 1) wird beschlossen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**4. Bebauungsplan GI 05/19 "Oberer Hardthof" - Abwägung STV/0421/2011
und Satzungsbeschluss -
- Antrag des Magistrats vom 11.10.2011 -**

Antrag:

- „1. Die im Rahmen der Beteiligung zur Entwurfsoffenlegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und textlichen Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
3. Die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hess. Bauordnung (HBO) und die wasserrechtliche Satzung nach § 37 Abs. 4 Satz 2 HWG werden als Satzung beschlossen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnungspunkte 5. bis 5.3 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

**5. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes; STV/0438/2011
hier: Kostenentwicklung
- Antrag des Magistrats vom 24.10.2011 -**

Antrag:

„Der Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für den Bahnhofsvorplatz von 12.600.000 Euro auf 15.900.000,- Euro wird zugestimmt. Jede Erhöhung der Kosten wird durch Kompensationen bei anderen Investitionen ausgeglichen.“

Aufgrund der verspäteten Vorlage der Magistratsvorlage STV/0438/2011 (*wurde zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt*) beschließen die Ausschussmitglieder (Antrag des Stv. H. Geißler), zwar inhaltlich über die Vorlage zu diskutieren, jedoch auf eine Abstimmung zu verzichten, da die Vorlage und auch die Anträge der Fraktionen in der kommenden Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss beraten werden.

Stv. Küster, CDU-Fraktion, übt Verfahrenskritik. Sie spricht von einer „bodenlosen Unverschämtheit“, wie das Thema an die CDU als größte

Oppositionsfraktion herangetragen worden sei. Die Koalition dürfe nicht davon ausgehen, dass die CDU allem zustimme, nur weil es sich um Projekte handele, die von ihr angestoßen wurden. Zudem beantragt sie, die nachstehenden Ausführungen der Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich zu protokollieren.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Meine Damen und Herren, ich hatte eben schon begründet, warum wir uns aus zeitlichen Gründen für dieses ungewöhnliche Vorgehen veranlasst gesehen haben und weshalb wir diese Budgeterhöhung an dieser Stelle brauchen. Ich denke, Ihre erste Nachfrage wird zu Recht sein, wie es zu diesen Kostensteigerungen kommen konnte. Ganz pauschal möchte ich an dieser Stelle sagen, dass ein Teil einfach daran lag, das Grundlage für den Projektbeschluss von 12,6 Millionen Euro Kostenschätzungen waren, wie es üblicherweise auch bei anderen Projekten der Fall ist. Das ist insofern normal, weil erst nach dem zweiten Schritt Kostenberechnungen erfolgen. Auf die Details der Kostensteigerungen im Einzelnen wird nachher noch eingegangen werden, wird es dazu auch noch Aussagen der Fachverwaltung geben.“

Ich möchte aber auch noch ein paar Sätze zur Diskussion zur Genehmigung des Haushaltes sagen, der ja auch schon Gegenstand in der Pressediskussion war. Im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen im letzten Jahr wurde uns vom RP in Aussicht gestellt, dass die Ausgaben, die wir für die Landesgartenschau und die Begleitmaßnahmen tätigen, nicht auf die Nettoneuverschuldung angerechnet werden. In der letzten Woche gab es wohl am Rande einer Veranstaltung Gespräche, bei denen dieses von Seiten des RP's relativiert wurde. Heute können wir sagen, dass es offensichtlich ein Missverständnis war, denn gestern während einer Pressekonferenz hat sich der Regierungspräsident wieder anders geäußert, es war eben ein Missverständnis. Die Zeitung haben heute darauf reagiert und berichtet. Ich bin aber letztendlich froh, dass es zu diesem Missverständnis gekommen ist, denn dadurch haben sich endlich mal ein paar Dinge geklärt und nun können wir auch noch mal aufarbeiten, was die ganzen Maßnahmen letztendlich für die Stadt Gießen bedeuten. Ich kann von meiner Seite aus sagen, dass für mich immer klar war, dass diese Sonderregelung, die in Aussicht gestellt war, natürlich 2015 enden müsste, denn dann ist die Landesgartenschau auch vorbei. Für mich war weiter klar, dass Maßnahmen, Straßen und Grünanlagen, dann zurück stehen müssen gegenüber Kitas und Schulensanierungen.

Warum? Landesgartenschau bedeutet letztendlich, dass hier notwendige Investitionen - eben gerade Straßen, Brücken, Grünanlagen - also Bahnhofsvorplatz - wie die Sanierung Schwanenteich, für die wir sonst 10 - 12 Jahren oder länger gebraucht hätten, innerhalb von 3 - 4 Jahren tätigen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch mal deutlich machen, dass wir im Moment keine Konsequenzen für die Schulsanierungen haben, ebenso wenig für den Ausbau U3. Denn wir haben bei den Haushaltsaufstellungen die in der Form berücksichtigt, wie wenn wir keine Maßnahme Landesgartenschau und auch keine Begleitmaßnahmen gehabt hätten. Das ist eine Mähr an dieser Stelle, die nach außen getragen wird, und diese Diskussion gibt uns Gelegenheit, die Zahlen offen zu legen und auch das gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen. Das Problem der Verknüpfung zwischen

Schulen und Landesgartenschau ist vor allem dadurch entstanden, dass das Konjunkturprogramm Erwartungen geweckt hat. Das Konjunkturprogramm hat Erwartungen geweckt, an die Geschwindigkeit von Sanierungen, die so nicht erfüllt werden können. Die aber genauso wenig erfüllt werden können, wenn wir keine Landesgartenschau durchführen oder den Bahnhofsvorplatz nicht machen. Und einen weiteren Punkt möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen, es ging in der Diskussion nicht darum, jetzt dem RP den schwarzen Peter zu zuschieben. Das wir selbst entscheiden müssen, welche Prioritäten wir setzen müssen, das ist selbstverständlich klar. Das ist uns bewusst und das wollen wir auch tun. Wir mussten aber Klarheit darüber erhalten, ob wir neben den großen Maßnahmen Landesgartenschau und Bahnhofsvorplatz auch in 2013 Schulen und Kitas wie geplant sanieren können. Und die können wir nur sanieren, wenn diese Maßnahmen vom RP anerkannt werden als zusätzliche Ausgaben. Wir müssen auch die Konsequenzen vor Augen haben, was nach 2015 geschieht. Das habe ich aber hier schon angekündigt und bevor wir jetzt in die politische Diskussion gehen, würde ich gerne noch das Wort an Herrn Dettling übergeben, der konkret etwas zu den Kostensteigerungen ausführen wird.“

Herr Dettling, Stadtplanungsamt, erläutert zu den enorm gestiegenen Kosten, dass leider gewisse Fehler bei den Planungen gemacht worden seien und es zudem auch Probleme bei Koordinierung der Stellungnahmen von rund 90 Fachleuten gegeben habe. Man sei von Durchschnittswerten ausgegangen, die normalerweise bei solchen Projekten anfallen. Erst detaillierte Untersuchungen haben zum Beispiel die Probleme bei der Gründung von Parkhaus, Kopfbau und Hügel ans Licht gebracht. Unvermeidbar sei, dass Planungskosten für das gesamte Projekt bei vermehrten Aufgaben steigen. Auch alles, was mit den Stromleitungen der Bahn zu tun habe, einschließlich der Versetzung von Pfosten, sei in dieser Form nicht vorhersehbar gewesen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, merkt an, dass die nächsten Schritte, die mit den Projekten der Landesgartenschau zu tun haben, mit dem Regierungspräsidenten abgestimmt werden müssen, um die Sicherheit zu haben, dass die Stadt bei ihren Finanzplanungen handlungsfähig bleiben könne.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, macht dagegen klar, dass er auch bei den Investitionen für den Bahnhofsvorplatz Einsparmöglichkeiten sehe, ohne dass gewaltige Umplanungen notwendig seien. Er ist der Meinung, dass der geplante Keller für den Vorbau, in dem angedacht sei, ein Fahrradservice unterzubringen, durchaus gestrichen werden könne.

Herr H. Geißler, FW-Fraktion, spricht mit Blick auf das hektische Verfahren von einer „Dezernentenkrankheit“, von der offensichtlich nun auch die Bürgermeisterin befallen sei. Er erinnert daran, dass es einen Deckelungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung gegeben habe, wonach die Kosten 12,6 Millionen Euro nicht übersteigen dürfen. Das sei die

Geschäftsgrundlage gewesen und er rechnet mit weiteren Kostensteigerungen, da man bereits jetzt schon bei 30 Prozent Kostenüberschreitung liege und der Bau habe noch nicht einmal begonnen.

Auf Antrag des **Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, werden die nachfolgenden Ausführungen der Bürgermeisterin wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Frau Vorsitzende, Herr Dr. Preiß, es ist schon so, dass es noch eine kleine Richtungsänderung bei der neuen Koalition gegeben hat, dass sie noch mehr den Radverkehr unterstützen will wie die alte Koalition. Es ist so, dass angedacht ist aus zwei Gründen, dort in dem Kopfbau eine Servicestation auch in Zusammenhang mit dem Fahrradtiefgeschoss herzustellen. Einmal dass es als Einheit gesehen wird und tatsächlich auch funktional den Ankommenden klar ist, hier ist alles, was mit Fahrradverkehr zu tun hat. Und es hat gleichzeitig Überlegungen gegeben, dass das Angebot an Café durchaus schon als ausreichend erscheint, jedenfalls an großen Cafés auf dem Bahnhofsvorplatz. Und der Infopoint sich auch gut mit einer Servicestation verbinden lassen würde, deswegen haben wir optional diese Planung mit aufgenommen und es würde auch so sein, dass, wenn es eine Servicestation gibt, geringere Anforderungen auch an Brandschutz gestellt werden würde, Fluchtwege und ähnliches, so dass es da zu einer Kostenminderung kommen könnte.“*

Bürgermeisterin Weigel-Greilich verteilt an die Ausschussmitglieder eine „Streichliste“, nach der aus dem Gesamtpaket Landesgartenschau gut fünf Millionen Euro gestrichen werden sollen, um die Mehrkosten am Bahnhof gegen zu finanzieren. Sie erläutert kurz die Liste.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, bewertet die Positionen in der Streichliste als intensive „Luftnummern“, die ohnehin nie verwirklicht worden wären.

Stv. Küster warnt vor einem Abrücken vom ursprünglichen Gartenschau-Konzept. Wenn sich die Stadtverordnetenversammlung bzw. die Stadt zu weit davon entferne, sei noch nicht klar, wie sich die CDU-Fraktion dazu stelle.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung für die Landesgartenschau ein Investitionsbudget in Höhe von 21,4 Millionen Euro beschlossen habe. Mittlerweile sei aber klar, dass bis 2014 zwischen 45 und 50 Millionen Euro für die Gartenschau finanziert werden müssen, dies mit einer entsprechenden Neuverschuldung in Höhe von 33 Millionen. Er fragt sich, was nach der Landesgartenschau an anderen wichtigen Maßnahmen für die Stadt überhaupt noch finanziert werden könne.

Die nachstehenden Ausführungen (Antwort) der Bürgermeisterin auf Fragen der Stv. Koch-Michel *(Sind die in der Magistratsvorlage enthaltenen 15,9 Millionen Euro die Obergrenze und gibt es die Zuschüsse für den Bahnhofsvorplatz auch ohne*

Landesgartenschau) werden auf Antrag der **Stv. Koch-Michel** wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Also, die 15,9 Millionen Euro sind insofern sehr viel robuster, weil es Kostenberechnungen sind und das Zweite ist, auf Antrag der Oberbürgermeisterin hat der Magistrat den Zusatz beschlossen: ‚Jede Erhöhung der Kosten wird durch Kompensationen bei anderen Investitionen ausgeglichen‘, d. h. also, wenn es dort noch eine Erhöhung geben sollte, was kein Mensch je ausschließen kann, dann muss sie an anderer Stelle eingespart werden. Dann ist es auch klar, dass sie bei der Maßnahme Landesgartenschau, oder bei den begleitenden Maßnahmen oder Tiefbaumaßnahmen eingespart werden. Die Wahrscheinlichkeit ist aber jetzt deutlich geringer, erstens haben wir hier die Kostenberechnung schon vorliegen, zweitens ist es so, dass wir jetzt schon seit geraumer Zeit einen Projektsteuerer haben. Und wir werden eine Gesamtausschreibung vornehmen, die dann über eine (nicht verständlich) dann einen Zuschlag erhält und dann sind auch diejenigen, die den Zuschlag bekommen, mit dafür verantwortlich, dass der Kostenrahmen auch eingehalten wird, wenn es nicht falsche Angaben gab oder Zusatzwünsche noch nachträglich reingegeben werden. Von daher hat man an dieser Stelle eine relative gute Kostensicherheit und ob die Zuschüsse jetzt noch kommen, wenn wir abspringen und sagen, wir machen keine Landesgartenschau, weiß ich nicht, was dann passiert. Würde ich jetzt auch nie vorschlagen oder empfehlen, es auszuprobieren, dass kann man nur try and error definitiv erfahren, das sollten wir lieber lassen. Klar ist aber auch, dass wir den Zuschuss nicht bekommen hätten, wenn wir nicht die Landesgartenschau hätten. Weil in dieser Größenordnung bekommt nie eine Stadt Fördermittel, wie wir sie jetzt bekommen, Ringallee, Nordstadtbrücke, Bahnhofsvorplatz.“

An der sehr ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Küster, Merz, Dr. Dittrich, Janitzki, Beltz, H. Geißler, Dr. Preiß, Koch-Michel, Dr. Deetjen, Frau Cremer (Stadtplanungsamt), Herr Dettling (Stadtplanungsamt) und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Keine Abstimmung.

**5.1. Überarbeitung des Projektes "Sanierung des
Bahnhofsvorplatzes"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 20.10.2011 -**

STV/0446/2011

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, das Projekt ‚Sanierung des Bahnhofsvorplatzes‘ unverzüglich so zu überarbeiten, dass das bislang vorgesehene Fahrradparkhaus entfällt. Dieses Fahrradparkhaus soll nicht gebaut werden.“

Beratungsergebnis: Keine Abstimmung.

**5.2. Bericht zur Finanzierung Bahnhofsvorplatz
- Antrag der FW-Fraktion vom 23.10.2011 -**

STV/0447/2011

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten

1. ob die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Deckelung der Kosten für den Bahnhofsvorplatz auf 12,6 Millionen Euro eingehalten wird, oder ob es zu einer Kostensteigerung in Millionenhöhe kommen wird;
2. ob es bereits konkrete Förderungszusagen für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes gibt, bzw., in welcher Höhe mit einer finanziellen Förderung gerechnet wird;
3. und gibt es - wie vermutet wird - neue Auflagen seitens der Denkmalschutzbehörden für die Bahnhofstreppe, die ebenfalls zu einer Verteuerung der beschlossenen Gesamtkosten führen könnten.“

Stv. Geißler ändert für die FW-Fraktion **den Antrag wie folgt:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten

1. **welche geplanten Investitionsmaßnahmen können oder werden durch die Verteuerung des Bahnhofsvorplatzes nicht umgesetzt;**
2. ob es bereits konkrete Förderungszusagen für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes gibt, bzw., in welcher Höhe mit einer finanziellen Förderung gerechnet wird;
3. und gibt es - wie vermutet wird - neue Auflagen seitens der Denkmalschutzbehörden für die Bahnhofstreppe, die ebenfalls zu einer Verteuerung der beschlossenen Gesamtkosten führen könnten;
4. **mit welchen Konsequenzen ist zu rechnen, wenn der geplante Kopfbau durch die Möglichkeit der ursprünglichen Variante 1 ersetzt wird und die Fahrrad-Tiefgarage ersatzlos gestrichen bzw. durch eine wesentlich finanziell günstigere Variante an anderer Stelle umgeplant wird.“**

Beratungsergebnis: Keine Abstimmung.

**5.3. Mehrkosten Bahnhofsvorplatz
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 -**

STV/0459/2011

Antrag:

- „1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, warum es zu Mehrkosten bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz kommen wird und warum die Stadtverordnetenversammlung nicht davon in Kenntnis gesetzt wird.

2. Wann beabsichtigt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen Änderungs- bzw. Abweichungsantrag zum beschlossenen Finanzierungsbeschluss, der eine Obergrenze von 12.6 Mio. € vorsieht, vorzulegen?
3. Weiterhin wird gebeten zu berichten, zu welchem Zeitpunkt der Magistrat Kenntnisnahme bzgl. der Mehrkosten hatte.
4. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, in welchen Teilflächen lt. Bau- und Finanzierungsbeschluss, es zu Mehrkosten und in welcher Höhe kommen wird.“

Beratungsergebnis: Keine Abstimmung.

Die Sitzung wird von 22:40 Uhr bis 22:47 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

6. Präsentation des Entwurfes für die Pflanz- und Fällliste Wieseckau

Anhand einer PowerPoint Präsentation wird der Entwurf der Pflanz- und Fällliste Wieseckau von **Herrn Geskes** und **Herrn Wiemer** vorgestellt. Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6.1. Fäll- und Rodungsausschreibung von 360 Bäumen STV/0458/2011 - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, warum die städtischen Gremien nicht im Vorfeld der beabsichtigten Ausschreibung über die Fäll- und Rodungsausschreibung unterrichtet worden sind.

Mit welchen Kosten wird gerechnet und in welcher Haushaltsstelle sind diese eingestellt und werden abgerechnet.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten zu berichten, ob die Maßnahme unter die Genehmigungspflicht der zuständigen Naturschutzbehörde fällt und eine diesbezügliche Stellungnahme bereits vorliegt.

Weiterhin wird um Darstellung gebeten, in welchen Bereichen und in welcher Anzahl die Bäume gefällt werden sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt das Vorgehen des Magistrats hinsichtlich der

Bürgerbeteiligung und mahnt in Zukunft Bürgerbeteiligungsverfahren rechtzeitig, das heißt vor Einleitung einer wichtigen städtebaulichen Maßnahme, durchzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat hierzu eine verbindliche Erklärung.“

Beratungsergebnis:

Abs. 1 - 3 von der Antragstellerin für erledigt erklärt.

Abs. 4 einstimmig abgelehnt.

**7. Öffnungszeiten des Botanischen Gartens STV/0444/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 20.10.2011 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat in Zusammenarbeit mit den Leitungen von Universität und Botanischen Garten eine Lösung zu finden, die Öffnungszeiten des Botanischen Gartens zu erweitern.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**8. Parken auf Gehwegen unterbinden STV/0451/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat möge dafür sorgen, dass in allen Gießener Ortsteilen Stichprobenkontrollen in Bezug auf das unzulässige Parken auf Gehwegen durchgeführt werden.“

Stv. Oswald, CDU-Fraktion, **stellt folgenden Änderungsantrag:** „Der Magistrat möge die Ortsbeiräte auffordern, individuelle Lösungen für ihren Ortsteil zu erarbeiten und diese vorzulegen.“

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Oswald, H. Geißler, Küster, Koch-Michel, Beltz, Dr. Labasch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD/GR; Ja: CDU/FW).

Der Antrag, STV/0451/2011 wird einstimmig abgelehnt.

9. **Bericht zu den "freiwilligen" Leistungen** STV/0452/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. eine Übersicht der Einzelposten „Freiwillige Leistungen“ mit dem Jahresergebnis 2010 und dem Plan für 2012,
2. eine Aufstellung der Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen für die Verfügungsstellung der Sportstätten an die Vereine,
3. insbesondere eine vollständige Aufstellung und Bewertung aller Sachleistungen an die LTi Gießen 46er durch Verfügungsstellung der Sportstätten Gießen Ost und Rivers Baracks,
4. eine vollständige Aufstellung der Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen für die Verfügungsstellung von städtischen Räumen an Externe, wie z. B. Stadtmarketing und Landesgartenschau GmbH.“

Beratungsergebnis:

Wurde zu Beginn der Sitzung an den zuständigen Ausschuss (HFWRE) verwiesen.

10. **"Schwarzbauten" in Gießen** STV/0456/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele genehmigte und ungenehmigte Bauten gibt es innerhalb des Gebietes in der ‚Hunsbach‘?
2. Wie viele nichtgenehmigte Bauten gibt es innerhalb der Gemarkung Wieseck, ohne Hunsbach?
3. Wo und wie viele ungenehmigte Bauten bzw. ‚illegale Wohnungen‘ gibt es in der Stadt Gießen?
4. Gibt es in dem Gebiet Hunsbach landwirtschaftliche Gebäude, wenn ja, wie viele?
5. Wie ist zur Zeit die bauliche Rechtslage im Insel und Uferweg?
6. Wird der Magistrat gegen ihm bekannte ungenehmigte Bauten und deren Nutzung generell vorgehen? Falls ja, mit welchen Mitteln? Falls nein, warum dann in der Hunsbach?“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

Baumbestandes vollständig erhalten und geschützt wird, sowie künftig für die Öffentlichkeit zugänglich ist,

2. Die historischen ‚Poppe-Keller‘ nicht überbaut und/oder verfüllt werden und auch nach einer Bebauung des restlichen Areals erhalten und zugänglich bleiben,
3. Vor dem Hintergrund des jüngsten GMA-Gutachtens und den darin getroffenen Aussagen zur Versorgung der Stadt mit Lebensmittelmärkten, die Ansiedlung eines Lebensmittelmärktes ausgeschlossen wird,
4. Ausschließlich Wohnbebauung und ggf. Büroflächen in nachbarschaftsverträglicher Verdichtung und Flächenausnutzung genehmigungsfähig werden.“

Stv. Küster begründet für die CDU-Fraktion den Antrag.

Die nachstehenden Ausführungen der Bürgermeisterin werden auf Antrag der Stv. Küster wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Ja, Frau Vorsitzende, ich muss doch kurz darauf antworten. Der Magistrat wird nichts, bevor er nicht alle Stellungnahmen hat, ... (nicht verständlich) sagen, was er zu tun gedenkt. Weil nämlich rechtssicher nur alles gemacht werden kann, wenn vorher alles abgewogen ist und von daher ist es für mich korrekt und ich habe mich eigener Wertungen deutlich enthalten. Von daher ist, glaube ich, es auch für Sie und andere etwas ungewöhnlich, dass wir tatsächlich einen Aufstellungsbeschluss haben, wo im Prinzip nichts feststeht außer das, was rechtlich dort schon vorgegeben ist, nämlich Denkmalschutz und Erhalt des grünen Hügels. Von daher müssen wir uns erst mal daran gewöhnen, dass das Verfahren, die ... (nicht verständlich) in der Stv.-Versammlung anders ablaufen müssen.“*

Stv. Dr. Heimbach, SPD-Fraktion, **stellt folgenden Änderungsantrag:**

*„Der Der Magistrat wird aufgefordert **zu überprüfen, ob** im in Vorbereitung befindlichen Bebauungsplan GI 04/26 ‚Leihgesterner Weg/Elsa-Brandström-Straße‘ zur künftigen Nutzung des gegenwärtigen Poppe-Areals, **dafür Sorge getragen werden kann**, dass*

1. Der sogenannte ‚grüne Hügel‘ im unteren Bereich des Geländes mitsamt des Baumbestandes vollständig erhalten und geschützt wird, sowie künftig für die Öffentlichkeit zugänglich ist,
2. Die historischen ‚Poppe-Keller‘ nicht überbaut und/oder verfüllt werden und auch nach einer Bebauung des restlichen Areals erhalten und zugänglich bleiben,
3. Vor dem Hintergrund des jüngsten GMA-Gutachtens und den darin getroffenen Aussagen zur Versorgung der Stadt mit Lebensmittelmärkten, die Ansiedlung eines Lebensmittelmärktes ausgeschlossen wird,
4. Ausschließlich Wohnbebauung und ggf. Büroflächen in nachbarschaftsverträglicher Verdichtung und Flächenausnutzung genehmigungsfähig werden.“

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW; Nein: CDU).

Dem so geänderten Antrag, STV/0466/2011, wird einstimmig zugestimmt.

- 14. Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V." STV/0468/2011**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2011 -
-

Antrag:

„Die Stadt Gießen tritt dem Bündnis ‚Kommunen für biologische Vielfalt e.V.‘ als Gründungsmitglied bei.“

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: FW; StE: CDU).

- 15. Absage der Landesgartenschau STV/0473/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

- a) die für das Jahr 2014 in unserer Stadt geplante Landesgartenschau abzusagen.
- b) dafür zu sorgen, dass alle Abgeordnete, die für die LaGa stimmen, eine Bürgschaft im Rahmen der zu erwartenden Schulden übernehmen und somit privat haftbar gemacht werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig abgelehnt.

- 16. Vorbereitung des Winterdienstes STV/0474/2011**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 25.10.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um im kommenden Winter die Wiederholung von Stürzen, Prellungen oder Knochenbrüchen u. a. als Folge von Unfällen, hervorgerufen durch Glatteis, zu verhindern. Dazu ist es erforderlich, ausreichend Streumaterial zu verwenden.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: CDU).

17. **Verschiedenes**

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, weist darauf hin, dass noch eine ganze Reihe von Berichtsanträgen nicht beantwortet seien (z. B. Kosten Umbau Licher Straße, Bahnunterführung Dammstraße, Kletterwald etc.)

Bürgermeisterin Weigel-Greilich entgegnet, die Verwaltung arbeite so schnell es gehe. In manchen Fällen dauere die Beantwortung eben länger, da die Mitarbeiter noch eine Vielzahl anderer Aufgaben zu erfüllen haben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) D r. S p e i s e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e